

Bezugspreis. Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ostpreußen, Danzig, Goer- und Memelgebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der „Muster-ten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Himmels“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Blitz in die Bäderwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Konstellation 60 Pfennig, Restomseile 6. — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettdruckte Wort 25 Pfennig (auflage ohne fettdruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenpläne das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Kiosken für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 6, abgegeben werden. Gedruckt von 3/5 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Dienstag, den 10. August 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskontos: Berlin 37 536 — Bankkontos: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 40; Diskonto-Gesellschaft, Dorotheenstraße 1.

Hilfe für die Erwerbslosen.

Besprechung mit den Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium.

Bei der Beratung des Arbeitsbeschaffungsprogramms im Reichstage ging man von der richtigen Auffassung aus, daß die große Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit keine erhebliche Abschwächung erfahren werde. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm sollte die produktive Erwerbslosenfürsorge so fördern, daß längere Zeit Erwerbslos: innerhalb eines Jahres wenigstens abwechselnd ein Vierteljahr und länger Beschäftigung finden könnten. Man sprach davon, bei produktiven Notstandsarbeiten laufend etwa 500 000 Arbeitslose zu beschäftigen.

Wir haben bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß statt der vom Reichstag geforderten wesentlichen Vermehrung der Notstandsarbeiter in Wirklichkeit eine erhebliche Verminderung in den letzten Monaten eingetreten ist. Im Mai wurden 170 105 Notstandsarbeiter beschäftigt, im Juli waren es nur noch 143 695.

Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung forderten die Spitzenverbände aller Gewerkschaftsrichtungen eine Aussprache mit den beteiligten Reichsministerien und preussischen Landesministerien. Die Aussprache fand gestern statt. Mit allem Nachdruck wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf den Rückgang der beschäftigten Notstandsarbeiter hingewiesen und die beschleunigte Durchführung der vorgesehenen Notstandsarbeiten verlangt. Die Aussprache ergab, daß über eine Anzahl der vorgesehenen Projekte die Verhandlungen mit den beteiligten Behörden abgeschlossen sind, so daß in nächster Zeit mit einer Vermehrung der Notstandsarbeiter zu rechnen ist.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache forderten die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen mit größtem Nachdruck eine sofortige

Verlängerung der Unterstützungsdauer, damit den ausgereichteten Erwerbslosen der weitere Fortbezug der Erwerbslosenunterstützung gesichert bleibt. Der Plan der Reichsregierung, die Fürsorge für die ausgereichteten Erwerbslosen der Armenfürsorge zu überlassen und den Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen die Hälfte der Kosten aus Reichsmitteln zurückzulassen, wurde einmütig als völlig unzureichend abgelehnt. Die Gewerkschaften verlangten ausreichende Sicherungen, daß den langfristig Erwerbslosen die Unterstützung weitergezahlt wird. Diese Sicherung ist nur bei einer Verlängerung der Unterstützungsdauer gegeben. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen für die Armenfürsorge muß der Hilfsbedürftige vor Inanspruchnahme der Armenfürsorge sein gesamtes verwertbares Vermögen einsehen. Ist das vorerst nicht möglich, so kann die Hilfe ausdrücklich von der Verpflichtung abhängig gemacht werden, daß die aufgewendeten Kosten zurückzahlen sind. Die Zurückzahlung ist auf Verlangen sicherzustellen durch Verpfändung von Vermögenswerten. Danach ist auch Wobelerpfändung zulässig.

Es wäre geradezu ungeheuerlich, dieser Armenfürsorge die Unterstützung der langfristig Erwerbslosen zu überlassen. Sie sind unvermeidbar arbeitslos und haben nach der Reichsverfassung einen Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge.

Die Entscheidung über diese Frage ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Die Reichsregierung muß angesichts des einmütigen Verlangens aller Gewerkschaften den einzig befriedigenden Ausweg wählen: Verlängerung der Unterstützungsdauer.

Die Wehr des Reiches.

Von Republik darf nicht gesprochen werden!

In der deutschen Wehrmacht wird neben dem militärischen Unterricht vom dritten Dienstjahr ab ein sogenannter zivilberuflicher Unterricht erteilt. Uns liegt ein Wehrplan für den Unterricht in der Marinefachschule für Verwaltung und Wirtschaft vor. Im Abschnitt B „Kultur und Lebenskunde“ geht die Anordnung über den zu lehrenden Stoff nicht über die Begriffe Familie und deutscher Staat hinaus. Unter D „Geschichte“ geht in sämtlichen 8 Klassen die Gliederung des Stoffes ebenso kaum über den deutschen Horizont hinaus. In den beiden einleitenden Sätzen, die das Ziel bestimmen, kommt die Einkreisung der Denkfunktion auf das rein Rationale erschreckend zum Ausdruck. Man hat dabei immer zu bedenken, daß es sich um Schüler handelt im Alter zwischen 22 und 28 Jahren. Die beiden Sätze lauten:

„Ziel: Beherrschung der geschichtlichen Vorgänge, die auf die innere und äußere Entwicklung des deutschen Volkes von wesentlichem Einfluß gewesen sind. Aus dem so entwickelten Verständnis für die Gegenwart soll der Wille zur Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten erwachsen.“

Die Hauptrolle spielen natürlich in dem ganzen Unterrichtsplan militärische Geschichtsepochen. Wenn man davon absieht, daß in Klasse 2 der Oberstufe mit ganzen vier Worten angeordnet ist, die „Entwicklung der demokratischen Idee“ zu besprechen (in welchem Sinne wird nicht gesagt), finden wir sonst in dem ganzen Unterrichtsplan keine Anordnung, die darauf schließen läßt, daß man im Reichswehrministerium die Absicht hätte, etwas über die republikanische Staatsform, ihr Wesen, ihre Vorzüge vor der monarchistischen zu sagen hat, oder wie Herr Gehler im Reichstage sagte: „Gemütswerte für die Republik zu sammeln“.

Wie der Unterricht gehandhabt werden soll, darüber hat sich General Seedt im Jahre 1922 in einem Erlaß einmal ausgesprochen:

„Der Unterricht, besonders der in der Geschichte und Staatsbürgerkunde, hängt eng mit der Ausbildung des Mannes als Soldat zusammen. Es ist daher notwendig, daß der Kompagniechef dem Unterricht besonders in diesen Fächern häufig selbst beiwohnt oder einen Offizier damit beauftragt.“

Die Zivillehrer, die den Unterricht in der Wehrmacht erteilen, werden vom Regimentskommandeur angestellt, Offiziere überwachen den Unterricht. So sammelt der Reichswehrminister feurige republikanische Reaktionen auf die Häupter seiner Lieben.

Den Willen, die Wehrmacht zu republikanisieren, hat der gegenwärtige Reichswehrminister nach eigenem Verständnis nicht. Herr Gehler hat sogar im Reichstage offen gesagt, weshalb er keine republikanische Erziehung und Beeinflussung der Offiziere in der Wehrmacht wünscht.

„Allerdings habe ich dem Offizierkorps gegenüber staatsrechtliche Belehrungen über die Vorteile der Republik nicht für angebracht gehalten. Wenn ich einem Mann wie dem Generalsekretär von Seedt gekommen wäre, um ihm auseinanderzusetzen, welche Staatsform die bessere sei, würde er mich wahrscheinlich verwundert angeschaut haben. (Sehr richtig! rechts. — Heiterkeit links). Ebenso würde es mir bei einer großen Anzahl von anderen Herren auch gegangen sein. Das habe ich allerdings nicht getan. Wenn Sie mir daraus einen Vorwurf machen wollen, dann tun Sie das. Ich bin von anderen Erwägungen ausgegangen, nämlich von der Erwägung, daß mit der Zeit jeden vaterländisch gesinnten Mann die Entwicklung auf den Standpunkt bringen muß, daß nur auf dem Boden der Verfassung überhaupt an eine Zukunft Deutschlands gedacht werden kann.“

Also, weil Herr Gehler mit Herrn von Seedt, Herrn Schleicher und Herrn Ritter von Haaf eine Auseinandersetzung über die Staatsform nicht für opportun hält, muß der junge Leutnant Müller zusammen mit dem der Volksschule entnommenen jungen Soldaten elend in antirepublikanischer Gesinnung weiter vegetieren!

Wenn der Minister die Absicht hätte, die Denkfunktionen im republikanisch-demokratischen Sinne zu beeinflussen, dann möge er es doch einmal mit folgendem Erlaß über die Erteilung des zivilberuflichen Unterrichts versuchen:

„Heimatkunde hat als Natur- und Kulturkunde der Heimat, anknüpfend an die natürlichen, nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse — zunächst des Ortes, seiner Umgebung, des Landes, dann der deutschen Republik — Verständnis für alle Güter der Heimat, und damit den Willen zur Höherentwicklung zu wecken und gleichzeitig die Voraussetzungen für das Verstehen der Nachbarvölker, der ganzen Erde und Menschheit zu schaffen.“

Der Heimatkundeunterricht hat die Erkenntnis und Ueberzeugung zu vermitteln, daß die Selbstverwaltung des Volkes auf allen Gebieten, daß die republikanische Staatsform einem kulturell hochstehenden mündigen Volke wie unserem deutschen am besten entspricht, aber auch pflichtbewusste Arbeit und Mitarbeit jedes Volksangehörigen fordert.“

Die Besatzungsstärke.

Abermals deutsche Vorstellungen.

Die Reichsregierung hat bei den Regierungen der Besatzungsmächte nochmals mit Nachdruck die Forderung nach Herabsetzung der Truppenstärke in den besetzten Gebieten wiederholt. Der Erfüllung dieser vollauf berechtigten Forderung, zu der der Stand der Finanzen Frankreichs selbst Poincaré nötigen müßte, ist schon im vergangenen Jahre Jahre in Locarno zugesagt worden, ohne daß die Truppenstärke herabgesetzt worden wäre. Im Frieden betrug die Besatzungszahl im besetzten Gebiet insgesamt 50 000 Mann, jetzt sind dort 80 000 Soldaten fremder Länder in Garnison, zur Ausbildung, im Manöver usw.

Die Entfernung dieser überzähligen und der Ruhe und Ordnung in Wirklichkeit im Wege stehenden 30 000 Soldaten aus dem besetzten Gebiet ist eine gerechte und selbstverständliche Forderung, die seit langem, insbesondere von der Sozialdemokratie, mit aller Entschiedenheit verfolgt wird. Ihre Erfüllung muß verbunden sein mit weiteren moralischen und finanziellen Entlastungen des besetzten Gebiets, wie sie die Heidelberger Entschließung der Sozialdemokratischen Partei fordert, und welche Forderungen Reichsaussenminister Dr. Stresemann den alliierten Vertretern in Locarno an Hand dieser Entschließung zur Kenntnis gebracht hat.

Der schädliche Clemenceaubrief.

Jetzt schon gar keine Aussicht auf Auslandskredite!

Paris, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Aus den hier vorliegenden Washingtoner Nachrichten geht hervor, daß das Manifest Clemenceaus in den Vereinigten Staaten nicht nur außerordentlich fähle Aufnahme gefunden hat, sondern gleichzeitig die Stellung des Kabinetts Poincaré zu dieser Frage bedeutend erschwert hat. Die Möglichkeit einer Ratifizierung der Schuldenabkommen nach vor den Ferien darf nach dieser „Aktion“ Clemenceaus endgültig als ausgeschlossen angesehen werden.

Der Ministerrat, der sich am Montag morgen mit der Frage noch einmal befassen sollte, hat das unter diesen Umständen nicht mehr für nötig gehalten. Dagegen ist die Kammerkommission der auswärtigen Angelegenheiten zu einer beratenden Sitzung zusammengetreten. Eine kurze Diskussion ließ erkennen, daß angesichts der feindseligen Stimmung beinahe sämtlicher Parteien eine Debatte über die Schuldenfrage im Parlament völlig aussichtslos wäre. Die Kommission wird deshalb ebenso wie die Finanzkommission lediglich eine Unterkommission ernennen, die im Laufe der Ferien die Schuldenfrage beraten und darüber einen Bericht vorlegen soll.

In parlamentarischen Kreisen gibt man der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Manifest Clemenceaus die ministerielle Situation Poincarés nicht nur sehr schwierig gestaltet, sondern darüber hinaus auch das Sanierungsprogramm des Ministerpräsidenten stark kompromittiert hat, indem es Frankreich jede Möglichkeit

ausländischer Kredite, ohne die nach Ablehnung der Kapitalabgabe eine Stabilisierung des Franken nicht durchgeführt werden kann, nimmt.

Teuerungsstudien der Regierung.

Paris, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat besaßte sich am Montag u. a. mit der Teuerung. Es wurde ein Komitee von drei Ministern, Bokanowski, Sarraut und Queille, unter dem Vorsitz von Barthou beauftragt, Maßregeln zu erwägen, um der andauernden Preishausse zu begegnen, der die starke Besserung des Franken in der letzten Woche keinerlei Einhalt getan hat.

Heute Nationalversammlung.

Paris, 9. August. (EP.) Die Befürchtung, daß die Nationalversammlung sich nicht auf das vorher festgelegte Programm beschränken werde, scheint sich zu bestätigen. Die Opposition hat bereits klar ihren Willen kundgetan, in Versailles für andere Verfassungsänderungen einzutreten. Sie beruft sich dabei auf ihre in der Verfassung verankerten Rechte; keiner könne vorher die Tagesordnung der souveränen Nationalversammlung einschränken. Der sozialistische Abg. Kengubel hat im Auftrage seiner Gruppe dem Vorsitzenden des Kongresses, dem Senatspräsidenten de Selves, mitgeteilt, daß er seinen von der Kammer abgelehnten Antrag auf Einschränkung des Vetorechts des Senats in Versailles wiederholen werde. Da weitere Debatten durch kommunistische oder royalistische Anträge zu erwarten sind, rechnet man bereits im allgemeinen nicht mehr damit, die Verhandlungen in einem Tage zu beendigen, sondern schätzt die Dauer der Sitzung auf mindestens zwei Tage.

Weigert sich Sajda zu gehen?

Die Faschisten behaupten es.

Prag, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Bellegung der Sajda-Affäre befriedigt keine der streitenden Parteien. Die sozialistische Presse erklärt, daß zu wenig geschehen sei, um die Öffentlichkeit vor dem faschistischen General zu sichern und daß man zu viel Rücksichten genommen habe. Die bürgerliche Presse ist insofern unbefriedigt von dem amtlichen Kommuniqué, als es nicht geeignet erscheine, die im Ausland umgehenden Gerüchte zu zerstreuen, die dem Ansehen der Republik eher schaden als nützen. Die Faschistenpresse tobt über die erzogene Entfernung Sajdas aus der Armee und beginnt die Kampagne von neuem. Am Montag morgen wurde in diesen Blättern erklärt, Sajda denke nicht daran, seinen Abschied zu nehmen. Da der General am Sonntag bei einer Denkmalsenthüllung als Redner aufgetreten ist und sich von den Faschisten hat feiern lassen, muß man annehmen, daß die Redungen über seinen Widerstand gegen die Entscheidung der Untersuchungskommission nicht ganz aus der Luft gegriffen sind. Der von den Faschisten im Zusammenhang mit der Sajda-Affäre angekündigte Rücktritt des Außenministers Beneš wird von der Regierungspresse entschieden dementiert.

Auf Wasserwegen durch Berlin



Durch Alt-Berlin.

Vom Osthafen ging die Fahrt stromabwärts unter die Sannowbrücke hindurch durch Alt-Berlin. Vorbei an der Wallenbrücke, wo noch die alten Fischkästen stehen, die in früheren Zeiten zur Aufbewahrung der gefangenen Fische dienten. Vorbei an den beiden ältesten Straßen Berlins, der Fischer- und der Petrisstraße, mit ihren kleinen verputzten Giebelhäuschen, dem holperigen Pflaster, das sich in dem kleinen Spalt zwischen beiden Häuserreihen ängstlich durchzwängt. Ungemein romantisch, ja fremdartig wirkt die ganze Szenerie. Wie oft schon hat man im Film Venedigs eigenartiges Straßengepräge bewundert, das ein geschickter Regisseur hier im alten Berlin ersehen ließ. Während dieser Teil ausgesprochen italienischen Charakter zeigt, erinnert wiederum die Friedrichsgracht, an der jetzt das Wasser vorbeifließt, stark an die holländischen Hafenanlagen. Kleine, blühante Häuschen wie aus dem Puppenkasten, mit heller Fassade vervollständigen den Eindruck der typischen holländischen Szenerie. Alle diese Bauten stammen noch aus dem 18. Jahrhundert. Sogar ein Garten aus der Rokokozeit ist hier erhalten geblieben. Weiter geht's unter der Gertraudenbrücke hindurch, vorbei am Standbild der hl. Gertrud, einer Aebtissin, die die Schuttpatrinin der Wanderburschen war, vorbei an der Jungfernbrücke, so benannt nach all den netten Spigenverkäuserinnen, die einst hier alle zusammenkamen und ihre Ware feilboten. Dann geht's durch die 1862 erbaute Schleuse, vorbei am Schloss, dem Zeughaus, der Museums-Insel, den Nordhafen, nach der größten Hafenanlage Berlins, dem

Hier gibt es die größten Lagerhallen, Zolllpeicher mit eigenem Zollamt, ein Getreidespeicher von 115 Meter Länge und über 27 Meter Breite, ein Kohlenlagerplatz von rund 20 000 Quadratmeter Fläche, mit einem Bort die größten bisherigen Hafenbauten Berlins, die der Reichshauptstadt ihre Bedeutung als Binnenhafen sichern.

Die geplante Passage des Landwehrkanals war wegen seiner augenblicklichen Schließung leider nicht möglich und so ging's über Roabit, Röhlenbammenschleuse zurück zum Ausgangspunkt Treptow. Ein selten schöner, sonniger Tag begünstigte alle die interessanten Eindrücke. Fröhliches Treiben fand man allerwärts. Die Ufer waren dicht besiedelt. Man schwamm oder lagerte in der Sonne, die Kinder planzten nach Herzenslust. Die schwimmenden Jugendherbergen, vollgepackt mit fröhlichem Volk grühten lachend herüber und man sieht, auch in unmittelbarer Nähe der Millionenstadt finden sich Plätze der Erholung und des Ausruhens und mit ein bißchen Phantasie kann man sich sogar in ferne Länder verlegen.

Ein Bild, das wohl den meisten Berlinern unbekannt sein dürfte, bot kürzlich eine vom Fremdenverkehrs-Bureau der Stadt Berlin veranstaltete Fahrt durch den Binnenhafen Berlin. Mit einem städtischen Motorboot ging es morgens vom Bootshaus Treptow los. Im strahlenden Sonnenschein lagen die Treptower Ausflugsstationen, die Abtei, die Giebelhäuschen und wie sie alle heißen. Die prächtigen alten Bäume des Treptower Parks umsäumen das Ufer. Paddel- und Ruderboote tummeln sich. Als erstes ist die Besichtigung des Kraftwerkes Rummelsburg vorgesehen, das mit großen Schritten seiner Vollendung entgegengeht.

Der Neubau des Großkraftwerks.

Der Neubau wurde im Oktober vorigen Jahres begonnen. In 200 Tagen wurden 200 000 Kubikmeter Erde ausgeschachtet, welches Gewicht einen Eisenbahzug in der Länge Berlin-Leipzig, wovon jeder Waggon 15 Tonnen aufnimmt, füllen würde. An Eisenmaterial wurden bisher 18 000 Tonnen eingebaut. Das Turbinenhaus wurde innerhalb 14 Tagen fertiggestellt. Jurtzeit beschäftigt das Werk 2000 Arbeiter in drei Schichten zu je 650 Mann Tag und Nacht. Die Nachtschicht umfasst hauptsächlich Aufräumungs- und sonstige leichtere Arbeiten. Pro Tag werden 35-40 Waggon Kohle entladen. Das Schalthaus liegt vollständig getrennt von den maschinellen Anlagen. Die Fundamente erheben sich 8 Meter über den Boden und 14-16 Meter in die Erde hinein. Das Kesselhaus hat eine Heizfläche von 1750 Quadratmeter, eine Ueberleitung von 400 Grad und der Feuerraum könnte ein dreistöckiges Haus fassen. Das elfstöckige Hochhaus enthält Bureau- und Wohnräume, Badeanlagen, einen Vorführsaal für technische Lichtbilder usw. Der Wasserkonsum des Werkes beträgt 14 Kubikmeter in der Sekunde, das ist zweieinhalbmal mehr, als die ganze Stadt Berlin in derselben Zeit an Wasser verbraucht.

Osthafen.

Auf der Weiterfahrt wird zunächst der Osthafen passiert. Die Geschichte der Berliner Hafenanlagen liegt bekanntlich noch nicht allzumein zurück. Bis in die jüngste Zeit besaß Berlin tatsächlich keine der Entwicklung seines Güterverkehrs auch nur einigermaßen entsprechende Hafenanlage, im Gegensatz zu anderen, viel unbedeutenderen Städten. Der gesamte Bösch- und Ladeverkehr spielte sich an den Ufern der Spree und den im Stadtgebiet angelegten Kanälen (Landwehr- und Luisenstädtischer Kanal, Spandauer Schiffahrts- und Charlottenburger Verbindungskanal) ab. Mitte der 90er Jahre beschäftigte man sich stärker mit den Ausbauplänen moderner Hafenanlagen. Nach vielen Schwierigkeiten kam endlich der Bau des Westhafens zustande, der im Oktober 1913 dem Verkehr übergeben werden konnte. Der Hafen liegt am rechten Spreeufer auf dem zwischen der Treptower Ringbahnbrücke und der Oberbaumbrücke gelegenen früheren „Stralauer Anger“. Der Ausbau des Hafens in seiner jetzigen Form verursachte einen Kostenaufwand von über 17 Millionen Mark.

Westhafen.

Er liegt nördlich der Ringbahn zwischen den Bahnhöfen Beussel- und Buttlischtrahne. Hier treffen 3 Kanäle, der Großschiffahrtskanal für den Verkehr mit Stettin und der unteren Oder, der Charlottenburger Verbindungskanal für den Verkehr mit Hamburg und der Spandauer Kanal für den Verkehr mit Oberschlesien zusammen.



Der Neubau des Großkraftwerks.

Eröffnung der neuen Fleisch-Großmarkthalle.

Im Nordosten Berlins, in der Landsberger Allee, erhebt sich ein gewaltiger Riesenbau aus roten Ziegeln, der Vieh- und Schlachthof, der die Millionenstadt Berlin mit Fleisch vom In- und Auslande beliefert. Auf eigenem, groß ausgebautem Eisenbahnanschluß, trifft hier das Vieh ein, auf der eigenen Zoll- und Untersuchungsstation wird es abgefertigt, geschlachtet und sodann den einzelnen Händlern in der Stadt zugeführt. Gestern wurde die neue Halle II mit einem Kühlhaus eröffnet. Die Bauten sind nach Ideen des derzeitigen Direktors vom Vieh- und Schlachthof, Caspar, durch die städtische Hochbaudeputation ausgeführt worden. Die Gesamtbaukosten betragen rund 10 Millionen Mark. Trotz der hohen Baukosten war es der Stadt Berlin demnach möglich, bei mäßigen Standmieten die Kühlhausgebühren unter den Sägen der Privatkühlhäuser zu halten und die Verkaufshallen ständig mit gekühlter und gereinigter Luft zu versehen. Die beiden ausgedehnten Verkaufshallen haben eine Größe von 12 000 und 7 000 qm, dahinter befindet sich das Kühl- und Gefrierhaus mit seinen in 7 Geschossen untergebrachten Arbeits- und Lagerräumen, sowie der ausgedebaute Eisenbahnanschluß. An Hauptmarkttagen werden die Hallen mit etwa 1 500 000 kg Fleisch beschickt, die Besucherzahl beträgt dann etwa 6 000 bis 7 000 Händler, und etwa 1 000 Fuhrwerke dienen dem An- und Abtransport der Ware. Die Anlagen tragen der immer stärker werdenden Entwicklung des Berliner Fleischmarktes vollauf Rechnung und werden nach Möglichkeit späterhin noch vergrößert werden.

6) Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Kunde-Gracia.

Man gab auch Abendgesellschaften, wo gelehrte Musik gemacht und zarte Gedichtchen aufgelegt wurden. Gegen Mitternacht suchte Sulette, den infolge Magerkeit länger erscheinenden Hals vorstreckend, durch die Türspalte zu blicken, ob die Teller voll Badewerk sehr verschwanden, und während der erhabenen Melodie zu überschlagen, wieviel von ihrem eigenen Fleisch die vor edler Sentimentalität ohnmächtigen Besucher weggeknappert hätten.

Im geheimen stiftete der Kapitän seine Kleider, stopfte, nähte die Knöpfe fest; seine Frau, die das Mädchen in Beschlag nahm, sowie er die geringsten Ausbesserungen beanspruchte, verstand sich schlecht auf diese Kleinigkeiten und war außerdem zu sehr große Dame, um sich mit einer Nadel in die Finger zu stechen. Nach ihrer Ansicht war es mehr wert, in Wasser gekochte Kartoffeln von Silbergeschirr zu essen, als Rindslende aus Neufilber.

„Das ist sehr hübsch,“ sagte Sulette für sich, „so zu denken, wenn man einen Teil des Tages sich auf der Chaiselongue herumwälzt; aber Leute, die harte Arbeit verrichten, haben einen Appetit ohne alle Umstände.“

Oft trippelte der kleine Hauptmann wie ein Spürhund, in Verzweiflung, dabei sehr höflich, leise sprechend, hinter dem Mädchen her, um sie mit der sparsamen Abnützung des Besens, der berechnenden Handhabung des Wischlappens vertraut zu machen.

Schon in verschiedenen Häusern hatte Sulette Reden der Gäste zurückweisen müssen, die sich des Kniffs bedienten, unter einem diskreten Vorwand, beutesuchend, in die Küche zu gehen. Auch der Kapitän hatte einen alten, ledig gebliebenen, als Wüstling bekannten Kameraden, der trotz Abwehr das Gebiet der Taille überschritt und die Ursache wurde, daß Sulette fortgeschickt wurde. Einmal, als ihm ein Griff zu gut geglückt war, warf sie ihm eine Kasserolle mit heißem Wasser ins Gesicht.

Die Fehler Sulettes nahmen mit der Dauer ihrer Dienstzeit zu. Ueberall wollten die Gebieter, daß das Hausmädchen einzig eine belebte Kraft, fast eine Materie sei, die ausgebraucht werden könne; sie gestatteten ihr nicht, eigene Atemzüge zu tun, erkannten keine Befehle darin, diesen

Organismus in die Familie zu verpflanzen, ohne ihm Licht und persönliche Freiheit zu lassen.

Nach dem Weggang aus dem Hause des Hauptmanns begann Sulette die Eier ihren Herren mit einer entsprechenden Vergeltung. Sie erledigte die Arbeit ohne Sorgfalt, wurde schmutzig und unaufrichtig. Um sich über ihren Drang „nach da draußen“ hinwegzutäuschen, machte sie Feuilletons ausfindig, die die Nächte mit Leben erfüllten, und tagsüber schlief sie während der Arbeit, zerbrach das Geschirr, verlegte die Wäsche, verdarb die Söhen.

Es gab Zeiten, da giß sie einem kleinen, schlecht gekämmten, lieberlich angezogenen Aschenbrödel, schleifte alte, ausgetretene Schuhe nach, vergaß ihre Vappen und Flederwische in allen Ecken. Ihr unbefriedigtes Sehnen nach Liebe brachte sie auf den krankhaften und verderbten Zustand jener Geschöpfe, welche niemand trösten und schützen will: sie stahl vom Zucker, vom Wein, vom Dessert. Die Gaunereien der Kaufleute, welche ihr den Sou vom Franken, „und noch etwas zu“ gaben, waren keine verlorenen Lektionen für sie. Der unsaubere Gewinn ging im Ankauf von auffallenden Seidentüchern und billigen Parfümen auf.

Besonders bemühten sich die bedeutenden Persönlichkeiten der Geflügel-, Fisch- und Gemüsehändlerinnen, bei denen die Dienstmädchen die Haupteinkäufe machen, sie zu wihigen.

„Da, meine Kleine, ist ein Huhn, das ich Ihnen für vier Franken lassen, aber seien Sie nicht so töricht es Ihrer Gnädigen unter hundert Sous anzurechnen, ist für Sie, diese Ermäßigung. . . Drei Franken die Forelle, ich gebe Ihnen eine Rote über drei Franken fünfzig.“

Von den reiferen Köchinnen, die darauf lüstern waren, nette Männer zu heiraten, Postizisten oder Aufseher in Paris, belehrt, legte Sulette ein Spartassenbuch an, brachte es in ihrer Matrahe unter und träumte, darauf steigend, von Liebe. Am Morgen hatte sie bisweilen beim Ankleiden der Kinder eine Schwächegefühl in den Händen, wenn sie die Hemdzipfel in den Höschen ordnete.

Ein tomisches Vorurteil war es, daß sie sich immer um Stellen bemühte, wo es Kinder gab. Ueberall begegnete sie einer speziell kleinen Mädchen eigenen Bosheit, die noch raffinierter als die der Knaben war und aus Geschlechtseifersucht hervorging.

Zudem gestattete man Mädchen wie Knaben, den Dienstboten zu demütigen, zu quälen, um die Familienbande zu mahren. Aus schauer Praxis und tragem Hochmut übertrag

man Marien mütterliche Fürsorgen, ebenso wie die ganzen häuslichen Arbeiten, aber dank der den Kindern erlaubten Bosheiten hatten die Eltern keine Minderung der Liebe zu befürchten. Aus der Erkenntnis, daß gewisse Arbeit in Berruf stand, und man sie ausdrücklich dem Dienstmädchen zuwies, folgerten die Kinder, Marie sei ein niedriges und verächtliches Geschöpf; da sie die geringe Achtung fühlten, die man für deren bescheidene Person hegte, da sie ungeachtet der täglichen Berührung sie eine Fremde bleiben sahen, wurden sie gleichgültig, undankbar und verhärtet. Ihre Gemüter wurden für immer durch diesen „familiären Kult der Maria“ beeinflusst. Gleichwohl! Keine Grausamkeit heilte Sulette von ihrem Järrlichkeitssdrange. Die nervöse Ueberreiztheit, das Ungestüm ihres Temperaments, der vollerblichste Körper suchten Genüge an den Wangen der Allerkleinsten. Ihr Gesicht zog sich schmerzlich beim Schreien der Säuglinge zusammen, sie lächelte, Tränen in den Augen, über deren tierische Gebrechlichkeit. Die weibliche Reife veranlaßte, statt hysterischer Anfälle, Ausbrüche des Mutterchaftstriebes. Oft dachte sie:

„Ich war entschieden dazu berufen, Kindchen aufzuziehen. Ach, wenn meine Eltern nicht ihr Vermögen verloren hätten! Wenn ich eine Mitgift erhielte und heiraten könnte!“

Eine glücklichere Wendung trat ein: Sulette kam zu Leuten, die noch niemand zu ihrer Bedienung gehabt. Der Mann, seit langem bei derselben Firma Arbeiter, war eben zum Werkführer ernannt worden. Die neuen Gebieter gaben sich einfach und familiär; sie erteilten nur lächelnd Befehle, unterhielten sich in herzlichem Tone mit dem Mädchen, halfen ihm sogar oder ersparten ihm Arbeit.

Das war eine Zeit der Gesundung; Sulette saßte wieder Mut, ohne verschlagen zu sein, Herrin und Dienerin sangen, jedes für sich in der Wohnung bei offenem Fenster sich tummelnd. Infolge des neuen Wohlstandes wechselte oder verbesserte man die ganze Einrichtung.

Aber der Verdienst des Werkführers reichte nur zu einer erträglichen Mittelmäßigkeit. Nach einiger Zeit entdeckte man mit Beforgnis, daß der Unterhalt des Dienstmädchens die vorgesehene Summe um vieles überstieg. Dann wollte die Frau sich von der Noth unterscheiden, indem sie ihr die ganze Arbeit ließ; um sich abzulondern, verschwendete sie für Puß, ersand törichte und unnütze Ausgaben. Der Mann wurde gereizt, seine Gefährtin verändert zu finden und nicht zu wissen warum.

(Fortsetzung folgt.)

Das deutsch-französische Abkommen.

Fortschritte und Unzulänglichkeiten.

Das für sechs Monate abgeschlossene provisorische Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich liegt nunmehr im Wortlaut vor. Dieser bestätigt in großen Zügen das Bild, das man von dem Verhandlungsergebnis nach den halbamtlichen Ankündigungen gewinnen mußte. Einen Fortschritt gegenüber den bisherigen Abschlüssen mit Frankreich stellt nicht nur die längere Zeitdauer des Provisoriums dar, die bisherigen Vertragsabreden erstreckten sich immer nur auf eine Zeitdauer von drei, diesmal auf sechs Monate. Wichtiger ist noch der Umstand, daß eine verhältnismäßig große Zahl von Warenpositionen aus dem französischen Zolltarif behandelt wurde in der Weise, die dem deutschen Export gewisse Erleichterungen bringt. Man hat sich in dem vorliegenden Abkommen näher aneinander herangefastet, man hat die gegenseitigen Interessen schon genauer abgemessen und hat infolgedessen positivere Ergebnisse gefunden als früher. Für die Fortführung der Verhandlungen bis zum Abschluß eines endgültigen Vertrages wird das jetzt erzielte Resultat sicherlich in gewissem Maße grundlegend sein. Deshalb ist der Fortschritt anzuerkennen. Und dieser Fortschritt wirkt um so schwerer, wenn man weiß, welche großen Schwierigkeiten den deutschen Unterhändlern dadurch gemacht worden sind, daß man ihnen eine gebundene Marschroute aufzwang und daß die Wünsche der Interessenten auf vielen Gebieten geradezu diktatorisch das Verhandlungsergebnis vorwegnahmen. Wir wiesen schon früher darauf hin, wie ungeheuer nachteilig die Haltung der Regierung in der Weizsäckfrage war. Die deutsche Industrie mußte auf weitgehende Exportmöglichkeiten verzichten, nur um den Winzern scheinbare Vorteile zu erhalten. In der Eisenfrage hatten die Unterhändler beider Regierungen eigentlich so gut wie gar nichts mehr zu sagen. Geradezu katastrophisch ist eine Zusatzklärung zu dem Vertrag, in dem es über den Post der Eisenindustrie heißt:

Die deutsche und französische Regierung haben im Verlauf der Verhandlungen über das provisorische Abkommen die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens unterzucht, das die Durchführung der deutsch-französischen Abkommen über den Austausch der Erzeugnisse der eisen-schaffenden Industrien sowie der internationalen Abkommen, an denen die eisen-schaffenden Industrien der beiden Länder beteiligt sein könnten, gestattet, sobald die Regierungen ihre Zustimmung zu diesen Abkommen erteilt haben. Die beiderseitigen Regierungen beschließen daher, sich auf Verlangen der einen von ihnen über die Folge zu beraten, wie dem vorhergesehenen Abkommen der eisen-schaffenden Industrien (sowohl bezüglich der Zollbedingungen, unter denen sie durchgeführt werden, als auch bezüglich jeder anderen mit diesen Abkommen zusammenhängenden Frage) zu geben wäre.

In normales Deutsch übersetzt heißt das: Die Regierungen überlassen den privaten Interessengruppen die Verständigung über die Eisenpreise, wodurch dann die Festlegung von Zollsätzen überflüssig würde. Sie behalten sich nur vor, später einzugreifen, wenn das Ergebnis der privaten Interessenten den Wünschen der Regierungen nicht entspricht.

Es ist unseres Wissens der erste Vorgang in der Geschichte der Handelsverträge, daß zwei große Industriezweige sich in dieser Weise

Ihrer Souveränität zugunsten einzelner Gewerbestruppen begeben.

Nicht mehr Völker und Volkswirtschaften entscheiden über gegenseitige Handelsbeziehungen, sondern private Interessengruppen, die, so national sie sich auch gebärden mögen, den Rahmen nationaler Gebundenheit längst gesprengt haben.

Gewiß zeigt eine Reihe von Zollregelungen, die Frankreich der deutschen Industrie zugestanden hat, daß man an einzelnen Stellen bereits den Abschluß des internationalen Eisenpactes bereits vorweggenommen hat. Die deutsche eisenverarbeitende Industrie, insbesondere die Maschinenindustrie, kann einige Erfolge verbuchen: Sie genießt wesentliche Zollabschlüsse beim Export nach Frankreich. Diese Vergünstigungen für die eisenverarbeitende Industrie waren es, die die deutschen Eisenarbeiter veranlaßte, ihrerseits dem deutsch-französischen Eisenpact zugestimmen.

Ungarische Anwartschaften.

Wenn die deutsche Landwirtschaft, besonders die Führer der Großagrarier, bereits wieder behaupten, das Abkommen mit Frankreich sei lediglich auf Kosten der deutschen Landwirtschaft abgeschlossen worden, so erweist sich das bei näherer Betrachtung als vollkommen unzutreffend. Die Getreidezölle spielen in dem vorliegenden Vertrag überhaupt keine Rolle. Die Wehlzölle sind in einer Weise gebunden, wie sie die deutsche Regierung selbst als notwendig empfand. Es bleiben allenfalls einige Zollherabsetzungen für Früh- und Feingemüse, Obst und Süßfrüchte, die schon deshalb für die deutsche Landwirtschaft keine Rolle spielen, weil bei uns die Süßfruchtkultur nicht in Betracht kommt und der Bedarf an Früh- und Feingemüse viel größer als die Produktion in Deutschland ist.

Unter den deutschen Zollermäßigungen für Industriewaren spielen insbesondere die Zölle auf französische Luxusartikel verschiedener Art eine Rolle. Als besonders wichtig wird auch die Tatsache hingestellt, daß französische Autos durch die Meißbegünstigung ebenfalls billiger hereinkommen können als bisher.

Sehr umfassend ist hingegen die Liste der französischen Zollzugeständnisse. Man erkennt bereits aus der Zusammenstellung die ungeheure Arbeit, die die deutschen Unterhändler daran verwandt haben, bei ihrer schwierigen Lage Vorteile für den deutschen Export nach Frankreich zu erzielen. Bemerkenswert ist, daß hierbei auch Waren der Landwirtschaft Exporterleichterungen verbuchen können. Im übrigen ist es eine große Zahl von Positionen aus den verschiedenen Industrien, die zu einem ermäßigten Tarif nach Frankreich gelangen können. Bei einer Reihe von Waren ist die Menge, die mit niedrigen Zöllen nach Frankreich gelangt, von vornherein begrenzt.

Gerade die mengenmäßige Begrenzung zeigt auf das deutlichste den provisorischen Charakter der ganzen Abrede. Es ist fast schon ein Versuch, der hier gemacht wird, Verläuft er gut für beide Teile, so wird er einem endgültigen Vertrag günstig sein. Andernfalls können leicht neue Schwierigkeiten entstehen. Von einer endgültigen Regelung der deutsch-französischen Beziehungen kann somit noch längst nicht die Rede sein. So hoch man auch die Fortschritte einschätzen mag, die bei den Zollpositionen erzielt wurden,

oder die in der Frage des Niederlassungsrechtes erreicht werden konnten — das ganze Abkommen trägt alle Züge eines bedeutlichen Kompromisses, das in allen Einzelheiten die Widersprüche und Unzulänglichkeiten der deutschen Wirtschaftspolitik spiegelt. Das Abkommen bringt mehr als seine Vorgänger, es bringt aber viel, viel weniger, als man von einer positiven Handelspolitik verlangen muß, zu einer Zeit, in der die deutsche Wirtschaft und der deutsche Arbeitsmarkt nach einer Verbesserung der Exportmöglichkeiten schreien!

Eisenpact / Kapitalistische Internationale / Arbeiterschaft

Die amerikanischen Blätter bringen ein Interview mit dem in Williamstown weilenden Professor Bonn, der über die Auswirkung des deutsch-französischen Handelsabkommens befragt wurde. Professor Bonn erklärt:

Wenn eine endgültige Regelung getroffen sein wird, wird die westliche europäische Kohlen- und Eisenindustrie, die durch den Friedensvertrag und die Entwicklung der Nachkriegszeit auseinandergerissen worden ist, auf einer wirtschaftlichen Grundlage wieder vereinigt sein. Das Ziel der eisen- und stahlverarbeitenden Unternehmer auf beiden Seiten ist die Schaffung eines westlichen Eisen- und Stahltrustes gewesen, der zu der Hoffnung berechtigte, daß die Preise für Eisen und Stahl auf eine solche Höhe gebracht würden, die die Erzeugung gewinnbringend gestalten würde. Damit verbunden ist in naher Zukunft die Frage eines internationalen Trusts. Früher sind die arbeitenden Klassen durch ihre Organisation eine internationale Macht gewesen. Durch diese neue industrielle Richtung jedoch des am meisten nationalisierten Kapitals Europas, das in der Eisen- und Stahlindustrie sich betätigt, dürfte sich

eine kapitalistische Internationale

entwickeln. Die Folge dieser Entwicklung dürfte, wenn man so sagen kann, ein „schonhöllischer Freihandel“ sein. Dieser Entwicklung dürfte eine entsprechende Arbeiterbewegung folgen. Besonders die sozialistischen Arbeiterklassen würden auf einer internationalen Kontrolle des Eisenmonopols bestehen, wobei sie von den Verbrauchern unterstützt werden würden. Die Folge davon würde unwägend sein, denn, wenn die Monopole die Grenzen der Länder überschritten und nicht länger mehr von den einzelnen Staaten überwacht würden, würden sie entweder die Beherrscher der Welt werden oder aber sie müßten durch eine internationale Instanz kontrolliert werden.

Einzelheiten zum internationalen Eisenpact.

Anlässlich der Zusammenkunft in Mannheim hat eine größere Anzahl von Hütten und besonders alle luxemburgischen Hüttenwerke der Arbeit einen Vertrag unterzeichnet, nach dem sie sich verpflichten, im innerdeutschen Zollgebiet nicht unter den Preisen des Stahlwerksverbandes zu verkaufen. Außerdem sind die Werke des Saargebietes, und zwar Burbach und Bülbingen, bei ihrem Eintritt in die Rohstahlgemeinschaft ebenfalls verpflichtet, zu den Preisen des Stahlwerksverbandes zu verkaufen. Auf diese Weise erstreckt sich nunmehr das Preisabkommen auf alle Hüttenwerke Lothringens, Luxemburgs und des Saargebietes: Die einzige Ausnahme macht bisher noch Reuntychen, dessen Eintritt zur Rohstahlgemeinschaft sich infolge einiger neu auftauchender Schwierigkeiten verzögert hat. Nachdem dieses Preisabkommen mit der Rohstahlgemeinschaft unterzeichnet ist, ist anzunehmen, daß der internationale Eisenpact in allernächster Zeit nunmehr formell abgeschlossen werden wird. Die letzten entscheidenden Besprechungen sollen bereits in dieser Woche stattfinden.

Interessententagungen.

Die Haus- und Grundbesitzer über Wohnungsbau.

Die Tagungen der kapitalistischen Interessentenverbände sind, wie alle ähnlichen Demonstrationen, dazu da, um einer breiteren Öffentlichkeit die „Notwendigkeit“ der betreffenden Organisationen und die „Berechtigung“ ihrer Forderungen zu beweisen. So gab man sich auf dem Verbandstag der Deutschen Haus- und Grundbesitzervereine am 8. August in Düsseldorf große Mühe, die Ruhenieder der Bodenrente als Träger der Kultur zu preisen, alle Eingriffe in die Bewirtschaftung des städtischen Bodens und in den Wohnungsbau als ein Verbrechen an Wirtschaft und Kultur hinzustellen und goldene Berge von einer Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft zu versprechen. Der Reichsheimstättengeheimrat wurde scharf abgelehnt. Obwohl der erste Referent, Reichsgerichtsrat Ling-Deppig, eine völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft zurzeit als nicht durchführbar bezeichnete, verlangte der Vorsitzende des Zentralverbandes die restliche Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und die volle Freiheit der Betriebsführung in seinem Eigentum. Man sieht, die Interessenten haben es sehr eilig mit der Herbeiführung hoher Mieten. Sie denken gar nicht daran, die ungeheure Notlage der breiten Volksmassen zu berücksichtigen, denen jede weitere Verteuerung der Wohnungsmieten eine gemaltige Belastung bedeutet; ihnen geht das Recht auf Rente vor. Die Arbeiterschaft wird gut tun, diese Bestrebungen im Auge zu behalten und ihnen durch die Propaganda und die tatsächliche Durchführung eines großzügigen gemeinwirtschaftlichen Programms einen Damm entgegenzusetzen. Erst wenn ausreichend Vertrauen für die Rinderdemitteln zu angemessenen Preisen zur Verfügung steht, erst dann kann an eine weitere Lockerung der Zwangswirtschaft gedacht werden. Bis dahin aber ist noch ein weiter Weg.

Die Haus- und Grundbesitzer gehen aber auch aufs Ganze, nicht nur mit ihren theoretischen Forderungen, sondern auch mit ihren organisatorischen Vorbereitungen. Mit Oesterreich hat man eine Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Hausbesitzes gegründet, außerdem schweben Verhandlungen über die Bildung einer internationalen Kampfgemeinschaft „für die Erhaltung des Begriffes Privateigentum“. Wieder verschreibt sich hier eine Erwerbsgruppe, die sonst nie genug ihre nationale Einstellung betonen kann, die Hilfe ausländischer Interessenten, um den Kampf gegen die Gemeinwirtschaft führen zu können. Auch diese Entwicklung ist etwas, woraus die Arbeiterschaft lernen muß.

Zur Tagung des deutschen Einzelhandels.

Auf einem bemerkenswert hohen Niveau hingegen stand die Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzel-

handels, die unmittelbar vorher ebenfalls in Düsseldorf stattfand. Der Einzelhandel beginnt im Gegensatz zu den Industriellen einzusehen, daß die Politik des Lohnbaues für die Gestaltung des Abfages von vernichtender Wirkung sein muß. Zwar enthielt man sich einer kundgebungsartigen Entschließung. Die Tatsache jedoch, daß die Ausführungen der Hauptreferenten, Professor Dr. J. Hirsch und Oberregierungsrat Tiburtius, auf keinerlei Widerspruch stießen, ließ deutlich erkennen, daß im Einzelhandel eine Neuorientierung Platz greift, wenn diese auch sich noch nicht auf alle Gruppen von Arbeitgebern im Einzelhandel erstreckt. Die Neuorientierung geht in der Richtung, daß ein Lohnabbau allein hauptsächlich die Schwächung der Kaufkraft und damit die Untergrabung des Abfages bedeutet. Organisatorische Verbesserungen in der Produktion und der Verteilung können mehr als igerenwelse Lohnsenkungen eine Verbilligung der Produktionskosten und damit der Preise bewirken.

Man kann dem Einzelhandel zu dieser geistigen Umstellung nur Glück wünschen, weil sich damit endlich wieder diejenige Gewinnung im Handel durchsetzt, die ihm und der Volkswirtschaft allein auf die Dauer Erfolg verspricht. Nur in einer Ausdehnung des Abfages, im wirklichen und ehrlichen Dienst an Kunden wird sich der reelle Handel erhalten können. Die gemeinwirtschaftlichen Konsumvereine der Arbeiterschaft werden die verschärfte Konkurrenz des Einzelhandels, die aus einer derartigen Neuorientierung hervorgehen kann, keineswegs fürchten, sondern sich auf sie voll und ganz einstellen. Im Gegenteil wird sich, wenn der Einzelhandel gegen die Mißbräuche in der Warenverteilung und gegen die Preislistokratie der Kartelle, entschiedene Front macht, oft genug Gelegenheit geben, bei aller wahren und geschäftlichen Konkurrenz der gemeinnützigen gegen die privatkapitalistische Betriebsform auch ein gutes Stück Weges zusammenzugehen im Dienste am Verbraucher und damit auch an der Produktion.

Vom Wachstum der Konsumgenossenschaften.

Regelmäßige Aufschlüsse über die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung bieten die statistischen Feststellungen der einzelnen zehn Revisionsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. So kann, um einige Beispiele herauszugreifen, der Verband der Konsumgenossenschaften in Rheinland und Westfalen vom ersten Halbjahr 1926 melden, daß nach den Angaben der berichtenden Vereine der Warenumsatz gegenüber dem vom ersten Halbjahr 1925 um 13,4 Proz. auf 49 097 346 M. gestiegen ist, ferner die Geschäftsguthaben der Mitglieder um 827 222 M. auf 3 055 512 M. und die Spareinlagen um mehr als 30 Proz. auf 12 222 912 M. gesteigert werden konnten. Die Mitgliederzahl jenes Revisionsverbandes betrug am 30. Juni d. J. 382 350.

Im Verbande nordwestdeutscher Konsumvereine betrug die Mitgliederzahl am 30. Juni d. J. 520 827. Im zweiten Vierteljahr 1926 steigerten die dort berichtenden Konsumvereine ihren Umsatz gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs um 15,6 Proz. auf 35 331 306 M., ferner die Geschäftsanteile um rund 2 Millionen Mark auf 5 294 356 M. und die Spareinlagen um rund 14 Millionen M. auf 32 211 892 M.

Der Verband württembergischer Konsumvereine mit 222 681 Mitgliedern zeigt in seiner Statistik für das zweite Vierteljahr 1926 auch eine ununterbrochene Entwicklung des Umsatzes nach oben. So betrug der Gesamtumsatz im ersten Halbjahr 1926 rund 23 784 829 M., im ersten Halbjahr 1925 rund 26 799 814 M. Dabei noch zu beachten ist, daß die Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 1925 in Württemberg verhältnismäßig gering war, während sie jetzt außerordentlich groß ist.

Auch der Verband schlesischer Konsumvereine mit 277 505 Mitgliedern berichtet für das zweite Vierteljahr 1926 über eine Umsatzsteigerung gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs um 19,9 Proz. auf 10 972 469 M.

Der Verband Thüringer Konsumvereine meldet für das zweite Vierteljahr des laufenden Jahres gleichfalls eine Umsatzsteigerung von 19,5 Proz. gegen das zweite Vierteljahr 1925. Der Gesamtumsatz der berichtenden Vereine stieg auf 7 479 059 M.

Die weiteren in Aussicht stehenden Angaben der übrigen Revisionsverbände lassen gleichfalls Feststellungen über den unruhigsten Gang der Konsumgenossenschaftsbewegung erwarten. Trotz aller offenen und verdeckten Kampfes gegen die Konsumgenossenschaftsbewegung schreitet sie den Weg ihrer Entwicklung zu immer stärkerer wirtschaftlicher Bedeutung fort.

Deutsch-japanisches Farbenabkommen. Am 7. August ist das deutsch-japanische Farbenabkommen abgeschlossen worden. Die Verhandlungen zum Abschluß dieses Abkommens waren überaus schwierig und langwierig. Japan hat sich seit dem Krieg keine eigene Farbenindustrie aufgebaut, die es nun mit allen Mitteln politisch schützen will. Es hat zu diesem Zweck ein Lizenzsystem geschaffen, das sich zwar formell gegen alle Staaten, die für die Farbeneinfuhr nach Japan in Frage kommen, praktisch aber nur gegen Deutschland richtet. Das Abkommen bestimmt im wesentlichen, daß alle Farben, die Japan bereits selbst herstellt, zum großen Teil nicht eingeführt werden dürfen; die übrigen Farben sind für die deutsche Einfuhr zum Teil frei, zum Teil kontingentiert. Mit dem Farbenabkommen ist nunmehr der Weg zum Abschluß des deutsch-japanischen Handelsvertrages offen, über den bereits seit 1924 verhandelt wird. Der Vertrag ist so gut wie fertig; nur verschiedene Einzelheiten (Konventionstrafen u. dgl.) müssen noch geregelt werden. Mit dem Abschluß kann bis zum Beginn des Herbstes gerechnet werden.

Fußion in der Berliner Telephonbranche. Die Telephonfabrik A. G. vorm. J. Berliner beabsichtigt, die bekannte Gesellschaft für Fernentelegraphie Dr. Erich F. Huth & Co. Gesellschaft für Fernentelegraphie m. b. H. zu übernehmen. Die Verschmelzung der beiden Firmen soll in Form einer Uebernahme der Geschäftsanteile der Huth & Co. m. b. H. durch die Telephonfabrik A. G. vor sich gehen. Durch die Uebernahme der Huth & Co. m. b. H. wird die Telephonfabrik in der Lage sein, ihre Produkte auf das Gebiet von Sendearparaten für die Fernentelegraphie zu erstrecken.

Ein internationaler Warenkaufstrust. Die bereits seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen zwischen der Leonhard Fick A. G. in Köln und der American Retailers Association Inc. New York, einer Gruppe bedeutender amerikanischer Warenhäuser, haben nunmehr zum Kontraktabschluß zwischen beiden Gruppen geführt. Demgemäß werden sich die beiden Konzerne in Zukunft gegenseitig im Einkauf vertreten. Neben diesem auf das amerikanisch-deutsche Warenhausgeschäft bezüglichen Abkommen läuft parallel noch eine weitere Vereinbarung mit den Magajins Réunis in Paris, die den gleichen Vertrag mit Wirkung für den französischen Markt unterzeichnet haben.

Ein polnischer Holzexport-Konzern. Um den Holzexport Polens zu fördern, und höhere Preise für das polnische Material auf den Auslandsmärkten zu erzielen, ist ein großer Holzexport-Konzern gebildet worden, dem fast alle großen Industriellen und Holzporteurze Polens beigetreten sind. Die Finanzierung der neuen Gesellschaft übernimmt die polnische Bank für Landwirtschaft. Das neue Unternehmen wird voraussichtlich schon am 1. Dezember 1926 seine Tätigkeit aufnehmen können.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Dienstag, 10. August:

Arbeitsgemeinschaft Knecht: Unsere heutige Sitzung beginnt bereits um 7 1/2 Uhr pünktlich. ...

Morgen, Mittwoch, 11. August:

Sanktfort: Abt. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Briefkasten der Redaktion.

Kurzrück des Verfassungstages am Mittwoch, den 11. August, fällt die juristische Sprechstunde aus.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Montag, den 9. August.

1. Rennen. 1. Mary Gay (H. Wills), 2. Iba Galos (H. Gedeck), 3. Etta Solo (H. Wills). ...

4. Rennen. 1. Colonel Woodworth (H. Wills), ohne Wett. 2. Uberglaube (H. Wills), 3. Dortha (Zach jr.). ...

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.)

Theater Lichtspiele u. w. Deutsches Theater Norden 10334-38. Max Adalbert in Das Skel. Die Komödie. Die fleißige Leserin.

Mieten Sie von uns in 6 Monaten Ihr Eigentum. P. Raddatz & Co. Berlin W 66, Leipzigerstrasse 122/123.

Die beliebteste Zigarette der Vorkriegszeit war unbestritten MANOLI Dandy. Wir bringen diesen Manoli-Schlagger in der ehemaligen blumigen und aromatischen Mischung, jedoch in verstärktem Format wieder auf den Markt. Preis 4 Pf. MANOLI A-G, GEGR. 1894.

KLEINE ANZEIGEN. Jedes Wort 12 Pf. Kleiner Text für die Kleinen.

Verkäufe. Eritormann, Schlauchwagen, Schubkarren, Eisenherd, Kisten, Federn.

Bekleidungsstücke, Wäsche u. w. Getragene Herrenoberbekleidung.

Möbel. Vorkriegsmatratzen, Bettstellen, Kleintische, Küchenschrank.

Singer's Midgets Revue u. "Toto". Täglich 8 Uhr.

Kleines Theater. Täglich 8 Uhr. Asia Nielsen. Rita Cavallini.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die Betriebsratze. Die Betriebsratze-Beilage Nr. 16.

Theater Hönigsgrätzstr. Täglich 8 Uhr. Der Garten Eden.

Deutsches Kunst-Theater. Täglich 8 Uhr. Der Nobelpreis. Yvonne.

Gummi-Mäntel. Vorrätig u. nach Maß. Adolf Hoffmann Knorke.

Theater des Westens. Täglich 8 Uhr. Der Zug nach dem Westen.

Rose-Theater. Täglich 8 Uhr. Olaf, Tragödie eines Sportlers.

KLEINE ANZEIGEN. In der Gesamtauflage des "Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!

Schiller-Theater. Täglich 8 Uhr. Die Leichte Isabell.

Casino-Theater. Täglich 8 Uhr. Was Liebe vermag. Traueropfernden.

Eisenmoorbäd Bad Schmiedeberg. Bez. Halle o. Saale. Bahn Berlin-Wittenberg-Eilenburg-Leipzig.

Komische Oper. 8 1/2 Uhr. Die große Revue. Berlin ohne Hemd!

Luna-Park. Heute Dienstag Volkstag Feuerwerk und das dr. Programm!

Flammkuchen. Die besten Flammkuchen. Die besten Flammkuchen.

Wintergarten. Nach erfolgreicher Renovation Glänzender Eröffnungs-Spielplan!

PREISAUSSCHREIBEN. URANIA. Monatshilfe für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre.

URANIA. Monatshilfe für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Vierteljährlich 3 Hefte mit broschürten Buchbeilagen.

Reichshallen-Theater. Abends 8 Uhr. Stettiner Sänger.

PREISAUSSCHREIBEN. URANIA. Monatshilfe für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre.

URANIA. Monatshilfe für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Vierteljährlich 3 Hefte mit broschürten Buchbeilagen.

Reichshallen-Theater. Abends 8 Uhr. Stettiner Sänger.

PREISAUSSCHREIBEN. URANIA. Monatshilfe für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre.

URANIA. Monatshilfe für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Vierteljährlich 3 Hefte mit broschürten Buchbeilagen.

DEUTSCHE BANK. Bezugsangebot von RM 40 000 000 Aktien. Die auf Grund des Beschlusses unserer Generalversammlung vom 20. März 1923 ausgegebenen, auf RM 40 000 000 umgestellten Aktien werden hierdurch unseren Aktionären zum Bezuge angeboten.

Musikinstrumente. Violen, Violinen, Klaviermacher.

Fahrräder. Gelegenheitsposten, wenig transportbedürftige Fahrräder.

Kaufgesuche. Rabenbille, Silberlöcher, Rinn, Ziel, Quader, Goldschmelze.

Verschiedenes. Gemalte Bilder, Kunstgegenstände.

Geldverkehr. Umlauf, Wechsel, Bank.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote.

Tüchtiger, unverheirateter Meister der Wellpapier- u. Kartonagenfabrik nach Polen gesucht.